Hannah Eitel

›zusammentun‹ – Die Zivilgesellschaft gibt alles, doch solidarisches Handeln braucht Sicherheit und Ressourcen

1. Solidarität sichtbar machen

> Wir brauchen Solidarität, denn wir kämpfen nicht nur für uns, wir kämpfen für alle. Trotz aller Trauer, weil dieser Schmerz nie weggeht. (...) Wir haben unsere Kinder verloren, unseren Bruder verloren. Aber trotzdem: Wir kämpfen für was Gutes. Für Deutschland, für uns alle. Dann soll jeder mit uns zusammenstehen. (...) Dafür brauchen wir Hilfe, weil wir das nicht allein schaffen können (Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen 2023b: 28:09–28:44).

Das sagte Serpil Temiz Unvar im Podcast ›zusammentun‹. Serpil Temiz Unvar hat beim rassistischen Terroranschlag in Hanau am 19. Februar 2020 ihren Sohn Ferhat verloren. Angehörige und Freund*innen der neun Ermordeten haben damals gemeinsam mit Unterstützer*innen die Initiative 19. Februar Hanau gegründet. In ihrem Laden am Hanauer Heumarkt diskutieren sie Forderungen, haben den Untersuchungsausschuss beobachtet, gemeinsam erinnert und getrauert. Wie die Hanauer Initiative stehen unzählige Zusammenschlüsse im ganzen Land jeden Tag für eine solidarische Gesellschaft ein. Doch viel zu oft bleiben sie ungesehen. Dabei leben sie vor, wie es gehen kann.

Die Initiative 19. Februar Hanau ist nur ein Beispiel von vielen solidarischen Initiativen, Vereinen und Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, aber als solidarische Zusammenschlüsse darüber hinauswirken. Sie entwickeln aufgrund ihrer Kollektivität und Solidarität die Kraft, auch gegenüber Menschenverachtung politisch tätig zu bleiben. In diesem Beitrag geht es um diese solidarischen Zusammenschlüsse, ihr Handeln und dessen Voraussetzungen. Zugrunde liegt ein relationaler Begriff von Solidarität, sodass das Zwischenmenschliche und Kollektive in den Fokus geraten. Den Ausgangspunkt bei rechter Ideologie und Gewalt nehmend zeigt sich, dass Engagement, ›gegen rechts‹ stets nur ein Teil solidarischen politischen Handelns ist und die solidarische, gleichberechtigte und freiheitliche Gestaltung von Gesellschaft sowie die Freude am gemeinsamen Tun zentral sind und Menschen motivieren, auch unter prekären Bedingungen aktiv zu bleiben.

Rechte Ideologien sind verbreitet, rechte Hetze, Bedrohung und Gewalt sind Alltag. Extreme Rechte haben durch die AfD eine starke parlamentarische Vertretung und öffentliche Stimme. Diesen um sich greifenden ›rechten Bedrohungsallianzen‹ (vgl. Heitmeyer et al. 2021) kann nur durch gemeinschaftliches politisches Handeln begegnet werden. Allein ist das nicht zu schaffen, wie Betroffene und Aktive berichten. Statt Einzelkämpfer*innen braucht es gemeinsames, solidarisches Handeln gegen rechts, für diese These soll dieser Beitrag argumentieren. Doch Organisierung muss gefördert, unterstützt und gesichert werden.

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Stattdessen erlebt Zivilgesellschaft (nicht erst jetzt) finanzielle Unsicherheit, rechte Angriffe und Bedrohung sowie fehlenden Rückhalt durch Regierungen. Die berüchtigte Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion kurz nach der Bundestagswahl ist nur ein aktuelles Beispiel (vgl. Deutscher Bundestag 2025). Doch demokratische Politik muss Gesellschaftskritik ertragen. Die demokratische Zivilgesellschaft ist nicht darauf beschränkt, Rechtsextremismus zu kritisieren. Vielmehr eint viele Gruppen der Wunsch nach Gerechtigkeit, Freiheit und einer solidarischen Gesellschaft. Entsprechend äußern sie sich zu vielen Fragen des demokratischen Zusammenlebens.

Diese Initiativen, Gruppen, Vereine, Aktivist*innen und Zivilgesellschaft – als deren Teil wir uns verstehen – wollen wir als Heinrich-Böll-Stiftungen in den 16 Bundesländern mit unserer Bildungsarbeit bestärken und sichtbar machen. Ihr Wissen aus Alltag, Recherche und politischer Debatte wollen wir zum Thema machen. Und viele andere wollen wir ermutigen, sich anzuschließen, denn sie werden gebraucht. Deswegen haben wir die Ausstellung ›zusammentun – solidarisch gegen rechts‹ produziert (vgl. Eitel 2023). Sie soll diesen vielfältigen verzweigten solidarischen Organisierungen öffentliche Anerkennung stiften, die so oft übersehen und übergangen werden, obwohl sie das Lebenselixier einer demokratischen Gesellschaft sind. Denn »Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens« (Dewey 1964: 121).

In diesem Beitrag komme ich immer wieder auf die Gruppen und Leitgedanken der Ausstellung zurück: So erzählt die Ausstellung keine Geschichten einsamer Superheld*innen, sondern folgt Gruppen bei ihren Tätigkeiten und in ihrem Alltag. Die Menschen dieser Gruppen sprechen über Sehnsüchte, Enttäuschungen und Alltägliches. ›Wir brauchen keine Zauberkünste oder Superkräfte, wir brauchen einander‹, ist der Grundgedanke der Ausstellung. Mit dem Wissen, Wollen, Zweifeln und Können vieler entstehen solidarische Verbindungen im Kleinen. Wenn sie sich verknüpfen, entstehen Kraft, Zusammenhalt und vielleicht etwas Neues.

Damit bricht die Ausstellung mit dem neoliberalen Paradigma der Einzelkämpfer*innen gegen den rechtsextremen Angriffs- und Provokationsmarathon, der auch häufig die Medienberichterstattung bestimmt. Die Ideen knüpfen an Hannah Arendt und Bini Adamczak an, die die Beziehung und das gemeinsame Handeln ins Zentrum ihres Denkens gestellt haben (vgl. Arendt 2002; Adamczak 2017). Solidarisches Handeln kann Gesellschaft verändern, es hilft Ungleichheit zu überwinden und schafft besondere politische Räume, die inklusiv und bedarfsorientiert sind. Doch dieses solidarische Handeln wird angegriffen und braucht Ressourcen und Unterstützung, um wirken zu können. Beides möchte ich im Folgenden ausführen.

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2. Das Zwischen ist der spannende Ort

Wir lernen in der Ausstellung nicht Einzelne kennen, sondern Menschen in ihren Verbindungen, Verhältnissen und Beziehungen – in ihren solidarischen Gruppen, Vereinen und Bündnissen. Man ist es gewohnt, Solidarität als individuelle Einstellung oder Tat zu verstehen, doch die Sozialwissenschaftlerin Bini Adamczak will eine solidarisch strukturierte Gesellschaft, in der die Beziehungen zwischen den Menschen solidarische sind, Beziehungen des Füreinander, der Sorge, der Freundschaftlichkeit oder des Commonizings (vgl. Adamczak 2017). Warum ist das wichtig? Es ist ein Unterschied, ob Gesundheitsversorgung von einzelnen Stifter*innen abhängig ist oder ob Gesundheitsversorgung ein öffentliches Gut für alle ist: Abhängigkeit von Wohltäter*innen ist eben gerade kein solidarisches und gleiches Verhältnis. So unterscheidet sich Solidarität von der *charity*. Solidarität ist also keine individuelle Einstellung oder Floskel und Parole, sondern muss in konkreten zwischenmenschlichen Handeln und Strukturen stattfinden.

Anstatt etwa in Konkurrenz zu produzieren, soll für die Bedarfe aller – füreinander – produziert werden, schlägt Adamczak vor. So sollen alle freundschaftlich verbunden sein, ohne sich persönlich kennen oder mögen zu müssen (vgl. ebd.: 269–272). Eine solidarische Gesellschaft lässt sich in Anlehnung an Adamczak so zusammenfassen: Menschen kooperieren, produzieren für die Bedarfe aller, sind freundschaftlich (nicht unmittelbar persönlich) verbunden, sorgen und handeln füreinander und teilen gesellschaftliche Produkte wie Güter oder Wissen. Die Gesellschaft ist nicht harmonistisch oder zwanghaft zu verstehen; Konflikt, Vielfalt und Freiheit grenzen die solidarische Gesellschaft von repressiver Vergemeinschaftung ab (vgl. ebd.: 284).

Frei, gleich und solidarisch soll die weltweite Gesellschaft laut Bini Adamczak sein (vgl. ebd.). Während Freiheit und Gleichheit als Strukturmerkmale demokratischer Gesellschaften unbestritten sind, wird Solidarität oft vorgelagert; sie ist nicht Teil politischer Struktur, sondern vorpolitisch, sie ist nicht Ziel einer Gesellschaft, sondern Mittel und Weg dorthin. Um die Brüderlichkeit der Französischen Revolution herrscht im Vergleich zu Gleichheit und Freiheit gewissermaßen Theoriearmut (vgl. Demirović 2010: 130–132). Doch was wäre eine solidarische Gesellschaft? Sie soll die Menschen und ihre Bedürfnisse zum Zentrum machen; sie existiert füreinander, ist freundschaftlich und gemeinschaftlich (vgl. Adamczak 2017: 270–274.). Nicht, dass sich jede*r Einzelne um alle anderen kümmern soll. Sondern, dass Gesellschaft so eingerichtet wird, dass für alle gut gesorgt ist und alle in guten Beziehungen stehen. Solidarität ist dann auch unter Unbekannten und über weite Entfernungen hinweg möglich. Die Menschen produzieren füreinander, nutzen gemeinsam und entscheiden offen und gemeinsam. Solidarität passiert *zwischen* einander.

Auf die einzelnen Initiativen der Zivilgesellschaft übertragen bedeutet das: freundschaftliche, offene und gleichberechtigte Verbindungen zu schaffen oder das zu versuchen. Dieses Engagement ist nicht selbstlos und caritativ. Denn soli-

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

darische Verbindungen sind nicht für bedürftige *Andere*, sondern füreinander und somit auch für jede*n selbst. Nicht nur das hehre Verteidigen der Demokratie hält die Gruppen zusammen, sondern die Freude an der Gruppe, der Austausch, gemeinsam etwas zu schaffen. Auch das Scheitern ertragen sie gemeinsam; die Gemeinschaft kann Trost spenden und Kraft entwickeln für neue Versuche. Wer sich solidarisch zusammenschließt, übt Praxen ein, hält das Wissen darum aufrecht, wie die Welt auch eingerichtet werden kann. Das geht über das bloße Haltung zeigen hinaus. Auch wenn die rechten Netzwerke der Bedrohung übermächtig wirken, bleibt Solidarität dort Wirklichkeit, wo sie praktiziert wird.

Um über das *Politische* am solidarischen Handeln nachzudenken, lässt sich an Hannah Arendt anknüpfen. Sie hat den öffentlichen politischen Raum als ein Produkt gemeinsamen Handelns beschrieben und über die Form der Beziehung zwischen den Bürger*innen nachgedacht (vgl. Arendt 2018: 75–79). Bei Arendt liegt das politische Handeln im »Zwischenraum der Welt« (2020: 225). Für sie war der politische Diskurs kein marktähnlicher Wettstreit um die beste Idee, auch wenn alle mit den besten Ideen glänzen wollten: Durch die gemeinsame Sorge um die Welt sind die Bürger*innen in politischer Freundschaft miteinander verbunden. Sie teilen dabei nicht jede Einstellung und Meinung, noch Intimitäten, sondern das Gemeinsame liegt in dem Wunsch, Gesellschaft gut zu gestalten, in der Sorge um die Welt (vgl. Arendt 2018: 76–77). Der politische Raum, jede Politik entsteht für Arendt überhaupt erst durch das berühmte *acting in concert*, das gemeinsame Handeln wie ein Orchester: »Handeln, im Unterschied zum Denken und Herstellen, kann man nur mit der Hilfe der anderen und in der Welt« (Arendt 2020: 224). Politik ist als Gemeinsames weder souveränes Beherrschen noch Verwalten von Notwendigkeiten. Gemeinsames politisches Handeln kann Welt gestalten.

Zu solidarischen politischen Zusammenschlüssen zurückgedacht, lässt sich überlegen: Wer sich zum solidarischen politischen Handeln zusammenfindet, belebt ein Verständnis von Demokratie, das anders ist als das Verwalten neoliberaler Alternativlosigkeit aber auch anders als extrem rechte (Volks-) Souveränität, die vollständig beherrschen will. Auch hier heißt solidarisch gegen rechts zu sein mehr als Kritik, sondern eigene Gesellschaftsvorstellungen werden erdacht und erprobt. Es geht sowohl um die Sorge füreinander, aber auch um die Sorge um die Welt. Daraus speist sich die Verbindung, denn Solidarität ist eine politische Freundschaft und muss keine intime Entsprechung haben. In der Ausstellung versuchen wir, auf die Begriffe von Solidarität und politischem Handeln der Beteiligten einzugehen, indem wir uns in Interviews vom konkreten Alltag zu politischen Ideen und Gestaltungsvorstellungen bewegen. Zentral ist dabei für sehr viele Gruppen und Vereine das Verhältnis der Bevormundung und Ungleichheit bzw. des gleichberechtigten Sprechens und der Gleichheit.

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3. Wie Solidarität Ungleichheit überwinden kann

3.1 Wie man richtig trauert – Paternalismus und Ungleichheit

Zum fünften Jahrestag des rassistischen Terroranschlags von Hanau äußerte sich Emis Gürbüz, die Mutter des ermordeten Sedat Gürbüz, auf der Gedenkfeier kritisch gegenüber der Stadt Hanau. Mehrere Politiker*innen warfen ihr danach öffentlich Spaltung und Agitation vor; die regierende Koalition Hanaus sprach – unautorisiert – öffentlich über Gürbüz Einwanderungsantrag und verwendete ihn argumentativ gegen sie (vgl. Çay 2025). Kritik an deutschen Behörden würden einem Einbürgerungswunsch widersprechen. Selbst eine angemessene Trauer um ihren Sohn wurde Gürbüz in einem öffentlichen Brief der ehemaligen Oberbürgermeisterin abgesprochen (vgl. Meyer zu Eppendorf 2025). Wie kommen Politiker*innen zu solchen Aussagen? Wer kann wem sagen, wie zu trauern ist? Wer darf Kritik äußern und wer muss sie aushalten? Paternalismus, Verantwortungsabwehr und unreflektierter Alltagsrassismus sind Motive, so auf die Äußerungen von Betroffenen rechter Gewalt und ihrer Selbstorganisierungen zu reagieren.

Paternalismus gegenüber Betroffenen von Ideologien der Ungleichwertigkeit und der daraus resultierenden Gewalt ist kein subjektives Gefühl, sondern reale Beziehung, die verändert werden muss (vgl. Klare/Sturm 2012: 19). Nicht selten kamen Aktivist*innen zu dem Schluss, dass Bündnisse über die eigene Identität hinaus nicht möglich, dass Erfahrungen nicht vermittelbar oder Paternalismus der Privilegierten unüberwindbar seien. Das Verhalten der Hanauer Kommunalpolitiker*innen hat erneut gezeigt, wie schwer öffentliches Sprechen für Betroffene ist und wie berechtigt oft ihr Misstrauen.

Solidarische Organisierungen, wie sie in der Ausstellung kennenzulernen sind, versprechen jedoch, diesen Paternalismus zu überwinden. Betroffene sollen selbst sprechen und Forderungen stellen. Bestehende Ungleichheiten sollen ansprechbar und veränderbar werden. Judith Porath, Geschäftsführerin der Opferperspektive Brandenburg drückt es so aus: »Den Begriff ›Helfen‹ mögen wir nicht. Wir unterstützen Menschen dabei, ihren eigenen Weg zu finden« (Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stifung Sachsen 2023d: 18:50). Solidarische Initiativen setzen sich dauerhaft mit Paternalismus und Ungleichheit auseinander.

3.2 Verstrickt und verwickelt: Es geht alle an

> Wir haben nie mit der Solidarität außerhalb der Minderheit gerechnet, weil wir in unserer Erfahrung mit dem Rassismus der Mehrheitsgesellschaft immer allein waren – sei es in der Schule, dass Lehrer*innen nicht reagiert haben oder bei der Arbeit, dass Kolleg*innen nicht reagiert haben. Die Solidarität, die wir jetzt erfahren, (seit wir politisch aktiv sind), also die ist wirklich unglaublich (Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen 2023e: 08:34–09:00), so sagte es Kelly Laubinger im Podcast ›zusammentun‹.

Die Sinti Union lässt uns in der Ausstellung daran teilhaben, wie sie als Sinti-Selbstorganisierung den mutigen Schritt in die Öffentlichkeit gegangen ist. Hannah Arendt sprach von einem doppelten Wagnis der Öffentlichkeit, denn man

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

»exponiert sich im Lichte der Öffentlichkeit, und zwar als Person« (Arendt 1964: 01:10:00). Gleichzeitig beginnt man etwas Neues, schlägt den eigenen »Faden in ein Netz der Beziehungen« (ebd.) und zwar mit ungewissem Ausgang. Doch die Erfahrung der Marginalisierung, ja in dieser Öffentlichkeit gar nicht als Handelnde oder Bürger*innen wahrgenommen und akzeptiert zu werden, macht dieses Wagnis umso größer. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft war daran gescheitert, die Sinti Union damals zu bestärken und zu unterstützen. Es war das Erleben der *BlackLivesMatter*-Bewegung, das Kelly Laubinger half, die strukturelle Bedingtheit des Rassismus zu verstehen und sie zum politischen Handeln *empowerte* (vgl. Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stifung Sachsen 2023e). Seitdem ist die Sinti Union in der Bildungsarbeit, Erinnerungspolitik, in Netzwerken mit anderen Selbstorganisierungen und vielen demokratischen Bündnissen tätig und kämpft auch gerichtlich gegen Diskriminierung.

Die Gruppen in unserer Ausstellung erleben extrem rechte Anfeindungen, Versuche der Raumnahme bzw. Territorialisierung[1] und Alltagsdiskriminierung. Manche haben Gewalt überlebt und geliebte Menschen verloren. Solidarität kann das nicht ungeschehen machen und oft nicht verhindern. Solidarische Organisierung kann aber versprechen: Wir schaffen das gemeinsam.

Solidarische Organisierung bedeutet Kooperation, gemeinsames Handeln auf Augenhöhe. Das Ziel ist Veränderung, nicht ewiger Abwehrkampf. Dafür braucht es Gleichheit und Anerkennung. Politisches Handeln umfasst hier auch vermeintlich passive Tätigkeiten wie Zuhören, Schweigen, Lernen und Selbstkritik. Menschen, die von Rechten angegriffen werden, haben oft schon lange mit alltäglichem Rassismus zu tun. Sie wissen, was Antisemitismus bedeutet oder was es heißt, mit Queerfeindlichkeit zu leben. Sie haben gelernt, damit umzugehen, zu überleben und sind oft organisiert. Ihre Erfahrungen und ihr Wissen zu erfragen, stiftet Anerkennung. Diese Anerkennung ist ein Schritt auf dem Weg, Paternalismus zu überwinden und durch gleichberechtigtes Handeln zu ersetzen.

Doch wo Rechte und Ressourcen so ungleich verteilt sind, ist Gleichheit auch in kleinen Gruppen nicht einfach zu erlangen. Bini Adamczak fordert, Solidarität müsse mit Gleichheit verbunden sein, eben weil sonst Paternalismus entstehe. Doch sie zeigt auch einen Weg: »Solidarität hat Gleichheit nicht zur Voraussetzung, sondern zum Ziel« (Arps 2018). Politisches Handeln ist nicht fehlerfrei oder gar unbefleckt, denn es entsteht nicht aus dem Nichts, sondern aus Gesellschaft und Geschichte. Ein solidarisches Verständnis von Politik erkennt das an: »Die Enttäuschung darüber, daß sich in unseren Anfängen alte Unrechtsrealitäten vererben, entlarvt eine Ideologie der Sauberkeit, die von den Anfangenden ein ›auto-

1 Zur Kritik der Vorstellung, Räume seien statisch und einförmig von rechten besetzt, siehe Autor*innenkollektiv Terra-R 2025: Der Begriff ›rechte Räume‹ mache Veränderlichkeit, Widersprüche und Widerstand unsichtbar. Das Autor*innenkollektiv schlägt stattdessen den Begriff der Territorialisierung vor, der die Prozesshaftigkeit, die Machtverhältnisse und die gesellschaftliche Einbettung extrem rechter Raumpolitiken einbezieht.

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nomes‹ und unbeflecktes, also beziehungsloses Handeln und von den Anfängen eine unheiltilgende, sozialhygienische Wirkung erwartet« (Thürmer-Rohr 2001: 19). Im Guten wie Schlechten ist Handeln *verstrickt*; es trägt Erfahrung und Wissen früherer solidarischer Zusammenschlüsse mit sich, doch auch tradierte Denk-, Rollen- und Handlungsmuster, die eigentlich überwunden werden sollen. Bini Adamczak und auch die feministische Theoretikerin Christina Thürmer-Rohr schlagen vor, sich diesen Fehlern, dieser Ungleichheit der Anfänge bewusst zu werden, ohne sich dafür zu schelten.[2] Nur darf das Ziel nicht Aufhübschen oder *charity* sein, sondern die Überwindung der Ungleichheit.

Wie gemeinsames Handeln in der Migrationsgesellschaft möglich ist, haben Katarina Stjepandić und Serhat Karakayalı zu denken versucht: »Postmigrantische Allianzen beruhen auf zwei Arten von Solidarität: auf der Haltung zur pluralen Demokratie und der Erfahrung, Teil einer pluralen Gesellschaft zu sein« (Karakayalı/Stjepandić 2018). Sie sagen, trotz unterschiedlicher individueller Erfahrungen mit Migration, Diskriminierung und Gewalt teilen alle die Erfahrung in der Migrationsgesellschaft zu leben, also in einer Gesellschaft, die durch Einwanderung geprägt ist – aber auch durch Rassismus, Armut und Vereinzelung. Auch die Sorge um diese Gesellschaft und der Wunsch, sie einzurichten und zu gestalten, können geteilt werden. Auch wenn Ungerechtigkeit und Ausgrenzung eine*n nicht persönlich betreffen, kann man sie wahrnehmen, sich empören und dagegen organisieren.

Dadurch verschwinden Ungleichheit und Machtgefälle in Allianzen nicht automatisch. Aber sie können besprochen und angegangen werden. Alle können diese Ungleichheit wahrnehmen und sich dagegen entscheiden, sie hinzunehmen. So entsteht »involvierte Kritik« (Messerschmidt 2009: Kap. 4). Man steht nicht unbeteiligt daneben, man gibt sich hinein, man ist involviert – verwickelt. Postmigrantische Allianzen machen gemeinsames Handeln möglich ohne Unterschiede zu verwischen.

Zwischen diesen Fragen – Was ist Solidarität? Was macht politisches Handeln aus? Wie sind wir gleichberechtigt tätig unter ungleichen Voraussetzungen? – bewegt sich die Ausstellung ›zusammentun‹ hin und her und bleibt dabei immer nah bei den vorgestellten Zusammenschlüssen und Organisierungen, ihren konkreten Diskussionen, Tätigkeiten und Bedarfen.

2 Für Hannah Arendt wiederum war politisches Handeln nur unter Gleichen möglich (vgl. Arendt 2010: 42). Das würde aber Menschen ohne gleiche Rechte, z. B. marginalisierte Migrant*innen oder Undokumentierte zum Teil vom Handeln ausschließen. Auch an anderer Stelle widersprechen sich die Theorien Arendts und Adamczaks. Mir geht es hier nicht darum, die Theorien in Einklang zu bringen, sondern beide liefern Denkanstöße für die Frage, was solidarisches Handeln ausmacht.

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

4. Solidarität braucht Räume

> Es braucht Räume. Nicht nur metaphorisch, sondern örtliche Räume – Gebäude, Zimmer, Büros – für Initiativen, die sich für Transformation, für emanzipatorische Projekte einsetzen, die solidarisch agieren. Wenn die nicht existieren können, weil es keine Räume gibt oder sie zu viel kosten, dann haben wir auf jeden Fall ein Problem (Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen 2023a: 31: 58).

Sabrina vom Verein ›Allmende Taucha‹ weiß, wovon sie spricht. Der Verein musste in der sächsischen Kleinstadt Taucha in ein neues Büro ziehen, weil im alten siebenmal innerhalb von zwei Jahren die Fensterscheiben eingeworfen worden waren. Eigentlich dürfte nach einem Anschlag kein Telefon stillstehen. Doch solche Angriffe auf zivilgesellschaftliche Räume sind in Ostdeutschland alltäglich. Der Verein musste sich Unterstützung teilweise selbst organisieren. Der neue Raum ist weniger sichtbar, aber auch weniger angreifbar.

Solidarisches politisches Handeln braucht Räume, und die muss jemand unterhalten. Räume kosten Geld und müssen nicht selten erkämpft und verteidigt werden. Am Ende des Tages muss jemand fegen und die Spülmaschine ausräumen. Diese Pflege solcher Räume und Infrastruktur, die politisches Handeln ermöglichen, ist selbst politisch, jedoch oft leise und im Hintergrund. Solidarische Politik erkennt das an. Hier wird sichtbar, dass zum Handeln nicht nur Reden und Kundgebungen gehören, sondern alles, was dafür die Voraussetzungen schafft. Solidarisches Handeln sieht das Miteinander und Umeinander, das Kümmern und Versorgen als Teil des Politischen. Weil es seine Reproduktion nicht abspaltet und verdrängt, hat solidarisches Handeln einen feministischen Charakter.

Der Raum soll nicht nur repräsentieren, sondern konkrete Bedarfe und Belange erfüllen. Die Initiative 19. Februar Hanau nutzt ihren Raum, um Forderungen zu diskutieren, Presse zu treffen, das Gedenken vorzubereiten, aber auch zum gemeinsamen Trauern um die Ermordeten des rassistischen Terroranschlags. Viel Platz, aber auch gemütliche Rückzugsräume – der Raum muss angemessen beschaffen sein.

Trauer, Freude, Wut, Planen, Zuhören, Streit und Aushandlung – das alles findet in politischen Räumen statt. Gefühle und Gedanken gehören dazu. Die Politikwissenschaftlerin Iris Marion Young hat in ihrer Theorie einer inklusiven Demokratie versucht, politischen Formen über die rationale Debatte hinaus einen Platz im demokratischen Diskurs einzuräumen und damit auch Emotionen (vgl. Young 2002). Anerkennung, Rhetorik und Erzählungen sieht sie als Teil von Demokratie, der viele Menschen und ihre Perspektiven erst sichtbar macht und ihre Relevanz anerkennt.

Ob und inwiefern Gefühle zur demokratischen Debatte gehören oder ein rechtspopulistisches Instrument sind und damit eine Gefahr für die Demokratie, wird wiederholt diskutiert. Doch Gefühle sind da und wirken auf Einstellung und Handeln; sie können delegitimiert oder verdrängt werden, das bringt sie nicht zum Verschwinden. Zudem sind Gefühle nicht immer irrational und manipulativ: Gefühle können ein Motor sein für Menschenverachtung aber auch für Solidari-

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tät; es kommt also darauf an, wie Gefühle begründet sind (vgl. Eitel 2015: 36). Trauer und Wut angesichts rechter Gewalt brauchen Raum. Das kann ganz praktisch ein Sofa sein, aber auch im übertragenen Sinn muss Raum dafür geschaffen werden – für Gefühle und Argumente, Ideen und Debatten. Solche solidarischen Räume haben Voraussetzungen.

> Trotz allem darf man nicht das Signal senden, dass im Ehrenamt alles gedeckelt wird. (...) [Das] ständige Bangen der finanziellen Absicherung unserer wichtigen Arbeit hier vor Ort macht mürbe. Hier müssen andere Bedingungen seitens der Politik entstehen. Das ist ein dringendes Ziel, denn unsere Aufgaben gerade im ländlichen Raum werden nicht weniger (Kolb-Unglaub 2025).

Politisches Handeln hat eine ganze Reihe an Voraussetzungen, die die Engagierten nicht immer selbst schaffen können. Das sollte auch nicht ausschließlich ihre Aufgabe sein. Gewählte Politik und nachgeordnete Verwaltung müssen Grundlagen schaffen für demokratisches, solidarisches Handeln: verlässliche Finanzierung, Sicherheit vor Bedrohung und Gewalt, sichtbaren Rückhalt in Debatten und bei Anfeindungen. Auf diese Punkte gehe ich nun ein.

4.1 Finanzierung

Viele Initiativen wollen zurecht autonom sein von staatlicher Förderung. Doch nicht jede Tätigkeit kann sinnvoll im Ehrenamt oder spendenfinanziert ausgeübt werden: Zivilgesellschaft bildet, forscht und berät auf professioneller Ebene. Die Opferperspektive Brandenburg ist zwar aus ehrenamtlichem Aktivismus entstanden, leistet heute jedoch Beratung für Opfer rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt mit hohen Ansprüchen an Verbindlichkeit, Qualität und Erreichbarkeit. Das geht in diesem Ausmaß nur als Organisation mit hauptamtlichen Mitarbeiter*innen, die entsprechend erfahren und ausgebildet sind. Doch immer wieder steht die Förderung der Beratungsstellen auf der Kippe; ihr gemeinsamer Verband forderte sogar schon einen ›Rettungsschirm für Opferberatungsstellen und Demokratieprojekte‹ (vgl. VBRG 2024). Haushaltssperren hatten in der Vergangenheit bereits Beratungsstrukturen gefährdet (vgl. VBRG 2023); das lange erwartete Demokratiefördergesetz wurde schlussendlich von der FDP verhindert (vgl. Staber 2024). Statt langfristiger finanzieller Sicherheit setzt sich für die demokratische Zivilgesellschaft entweder das Hangeln von Förderung zu Förderung fort oder die Projekte müssen aufgegeben werden. Mit privaten Spenden ist stabile staatliche Förderung nicht dauerhaft und überall zu ersetzen.

In Sachsen etwa standen zum Zeitpunkt des Schreibens, im ersten Halbjahr 2025, Projekte vor der Zahlungsunfähigkeit, was zum Verlust von Fachkräften und Netzwerken führen könnte, warnte das Netzwerk Tolerantes Sachsen eindringlich (vgl. Netzwerk Tolerantes Sachsen 2024). Erst Ende Juni kam im Sächsischen Landtag ein Haushalt zustande, der Demokratieprojekte für seine Geltungsdauer ausreichend finanzieren können wird. Der Landkreis Bautzen hat Anfang 2025 entschieden, die Förderung im Rahmen der ›Partnerschaften für Demokratie‹ zu beenden. Darin sieht das Netzwerk Tolerantes Sachsen neben der

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

finanziellen Lücke »ein Zeichen des Misstrauens gegen diejenigen Bürger*innen, die sich für demokratischen Zusammenhalt und Menschenrechte, gegen Rechtsextremismus und Menschenverachtung einsetzen« (Netzwerk Tolerantes Sachsen 2025). Mehrere weitere Landkreise haben es dem Bautzner inzwischen gleichgetan, etwa der Landkreis Salzwedel in Sachsen-Anhalt (vgl. Reinfrank 2025).

Auch ehrenamtlich Engagierte können nicht völlig ohne Geld tätig sein: Raummiete oder Reisekosten für Referent*innen müssen finanziert werden. Ein Teil davon läuft spendenbasiert. Das Netzwerk Polylux etwa unterstützt durch Fördermitgliedschaften emanzipatorische Projekte in ländlicheren Regionen im Osten (vgl. Polylux o. J.). Doch ein anderer Teil läuft über staatliche Fördermittel oder Kooperationen mit Partner*innen, die wiederum staatlich gefördert sind. Ohne dieses Geld können Projekte nicht existieren: keine Räume, keine Referent*innen, keine Bildung, kein Austausch, keine Soziokultur, kein Zusammenkommen. Diese prekäre Situation wird von Regierungen in Kauf genommen, solange sie nichts grundlegend verändern.

Das weiß auch die extreme Rechte, die schon lange zum Angriff auf solidarischen Aktivismus und demokratische Zivilgesellschaft bläst.

4.2 Wo ist der politische Rückhalt?

Rechtsextreme fahren Kampagnen gegen alle, die sie als politischen Gegner ausgemacht haben. Das betrifft dezidiert antifaschistische und antirassistische Zusammenschlüsse, aber auch feministische, soziale und kulturelle – alle, die nicht ins Weltbild passen und sei es nur, dass sie auf demokratische *basics* bestehen und extrem rechte Äußerungen oder Personen nicht dulden. »Mit Halbwahrheiten und Unterstellungen, Verleumdungen und Beleidigungen wird in sozialen Medien und in der Öffentlichkeit Stimmung gemacht, der Entzug der Gemeinnützigkeit und von Fördermitteln oder gleich ein Verbot des Vereins gefordert« (Netzwerk Tolerantes Sachsen 2019). Die AfD stellt in den Parlamenten entsprechende Anfragen (vgl. Siggelkow 2024). Die Zivilgesellschaft, besonders im Osten, lebt seit langem mit solchen Anfeindungen bis hin zu Bedrohungen und Angriffen auf Personen und Räume. Untereinander ist die Solidarität meist klar. Wo es mitunter harkt, ist spürbare und glaubhafte Rückendeckung durch alle demokratischen Parteien, auch die konservativen, sowie durch Verwaltung. Im Gegenteil erleben solidarische Initiativen immer wieder eine enorme Entsolidarisierung, sogar Kriminalisierung. Häufig durch Schuldumkehr, Extremismusvorwürfe oder Neutralitätsforderungen.

Noch in den 1990er Jahren – heute bekannt als Baseballschlägerjahre – sahen Polizei, Schulen und Eltern bei rechter Gewalt weg oder zu (vgl. Bangel 2019). Falsche Haare, falsche Kleidung, falsches Verhalten – nicht selten galten die Betroffenen als schuldig am Angriff, den sie selbst provoziert hätten. Doch in diesen Jahren gründeten sich viele Initiativen, Kulturvereine, Beratungsstellen. Die Opferperspektive Brandenburg ist eine von ihnen, sie entstand aktivistisch und

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

berät heute professionell Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Auch der mediale Diskurs hat sich gewandelt; ebenso das Handeln der Polizei.

Dennoch: Aus alternativen Jugendlichen, die von Neonazis angegriffen werden, werden immer noch ›Linksextreme‹ und aus dem Angriff quasi einvernehmliche Konfrontationsgewalt (vgl. Hübler 2012: 81–83). Sicherheitsbehörden arbeiten bis heute mit dem Extremismus-Paradigma, obwohl es seit Jahren wissenschaftlich und politisch in der Kritik steht (vgl. bspw. Dölemeyer/Mehrer 2011; Fuhrmann/Schulz 2021; Berendsen et al. 2019). Antifaschismus wird als äußerer Rand eines Hufeisens zur linksextremen Ideologie und damit Menschenfeindlichkeit und Antidemokratie am rechten Rand strukturell gleichgestellt. Menschenverachtung aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft wird vom Extremismus-Paradigma hingegen nicht als undemokratisch erkannt (vgl. Barp/Eitel 2016). In der Ausstellung berichtet Sonja von der antifaschistischen Zeitung ›Lotta‹, dass die Extremismustheorie vermehrt Einzug halte:

> Im Verfassungsschutzbericht wird antifaschistische Recherche kriminalisiert: Sie sei dazu da, um Anschläge auf Neonazis vorzubereiten. (...) Das soll einen Keil treiben zwischen antifaschistische Bewegung und Zivilgesellschaft. (...) Und an der Stelle sagen wir: Nein. Unser Wissen ist für sehr viele Dinge da und es ist enorm wichtig, dass es zusammengetragen wird. (...) Da stecken viele Leute und viel Arbeit drinne, die zur Aufklärung beitragen. Und zwar genau an den Stellen, an denen der Staat eben nicht gerne hingucken möchte (Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stifung Sachsen 2023c: 17:34).

Auch bei institutionellen Angriffen, z. B. Anfragen der AfD oder Anträgen, Förderung zu streichen, greift mitunter die Idee, die Vereine seien selbst schuld, weil sie sich nicht neutral verhalten hätten.

4.3 Zivilcourage ist nicht neutral

Immer wieder üben Politik und Behörden Druck auf Vereine aus, sich politisch ›neutral‹ zu verhalten, insbesondere betrifft das Vereine der politischen Bildung (vgl. Hufen 2022: 102). Das hat eine Streuwirkung: Manche Vereine sind verunsichert und scheuen davor zurück, sich zu positionieren – gegen extrem rechte Ideologien und vor allem gegen extrem rechte Strukturen und Parteien wie die AfD. Im Februar 2025 hat nun die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag eine Kleine Anfrage mit 551 Fragen zu zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, ihrer Gemeinnützigkeit und Finanzierung gestellt. Unter den genannten waren jedoch Vereine, die nicht gemeinnützig sind und keine staatliche Förderung erhalten.

Die Anfrage suggeriere, »dass die Arbeit der genannten zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht nur in unzulässiger Weise die politische Willensbildung in der Bundesrepublik beeinflusse, sondern dieser Arbeit auch ein grundsätzlicher Makel anhafte oder eine schädliche Wirkung zu attestieren sei« (Wissenschaftler*innen 2025), schreiben mehr als 2.000 Wissenschaftler*innen auf dem Verfassungsblog. Zudem stimmt die Anfrage in Verschwörungserzählungen von ›Schattenstrukturen‹ (vgl. Deutscher Bundestag 2025: 1) und einem ›deep state‹ (vgl.

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Rosenfelder 2025) oder ›Staat im Staate‹ (vgl. ebd.) ein. Damit bedienen sich die Unionsfraktionen Strategien der Polarisierung und Feindbildung sowie der medialen Inszenierung durch absichtliche Aufreger, die Natascha Strobl als *playbook* eines radikalisierten Konservatismus am Beispiel der ÖVP analysiert hat (vgl. Strobl 2021: 59–61, 113–117).

Die adressierte Zivilgesellschaft hat die Botschaft klar als Angriff interpretiert; Vereine kritisierten die Anfrage als Einschüchterung und sogar Erpressung (vgl. etwa Buchwald/Scherf 2025). Die CDU habe gezielt nach Vereinen gefragt, die sie als links einschätzt. Es ist aber eben jene Zivilgesellschaft, die gegen Rechtsextremismus aktiv ist und die demokratische Gesellschaft verteidigt. Juristische Gutachten und verfassungsrechtliche Einschätzungen besagen klar: »Politische Bildung und Demokratiearbeit sind stets auf ethische Werte und Verfassungsziele gerichtet und deshalb nie, neutral« (Hufen 2024: 42).

Zu einer demokratischen Gesellschaft gehören Vielfalt, Kritik und Aushandlung. Wer Kritiker*innen als Verschwörung und Schattenstruktur brandmarkt, geht davon aus, nie falsch liegen zu können und sieht sich von einem einheitlichen Volkswillen legitimiert. Wer wirklich zum Volk gehöre, teile diesen Willen – wer den Willen nicht teilt, wird zum Teil einer Schattenstruktur erklärt. Mit demokratischen und liberalen Prinzipien ist dieses Denken nur bedingt vereinbar, denn die Vielfalt der Meinungen bilden die Grundlage freiheitlicher Demokratien.

Der Solidaritätsbegriff von Bini Adamczak, der für die Ausstellung ‚zusammentun' prägend war, geht hingegen immer von Freiheit und Diversität aus, anders als autoritäre Gemeinschaftskonzeptionen. Ebenso hat Hannah Arendts Verständnis des Politischen das gemeinsame Handeln aus der Pluralität heraus zur Grundlage. Vielfalt stiften ohne haltungslose Neutralität ist eine komplexe, aber erfüllende Aufgabe; die solidarische Zivilgesellschaft stellt sich dieser täglich.

Bei Rundgängen und Gesprächsformaten rund um die Ausstellung reflektieren die Anwesenden – meist Aktive aus der Zivilgesellschaft – die Stärken und Potentiale ihrer Tätigkeit. Doch viele kämpfen mit den eben beschriebenen Problemen: Anfeindungen, fehlender Rückhalt bis Druck aus der Politik und unsicherer Finanzierung. Mit der Ausstellung stiften wir einen Anlass, über beide Seiten solidarischen Engagements in den Austausch zu kommen, sich Zeit und Raum für Reflexion zu nehmen, Handlungsstrategien weiterzuentwickeln und neue Allianzen zu denken.

5. Fazit

Demokratische Zivilgesellschaft und solidarische Zusammenschlüsse sind unersetzlicher Bestandteil einer demokratischen Kultur und Gesellschaft. Doch das hat Voraussetzungen: Politisches und gesellschaftliches Engagement braucht Sicherheit, Zeit, Geld und Räume, und zwar verlässlich. Viel zu oft wird zivilgesellschaftliche Tätigkeit zum Nulltarif im Ehrenamt oder in unsicheren und prekären

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Arbeitsverhältnissen erbracht. Extreme Rechte greifen Zivilgesellschaft an und setzen solidarische Räume unter Druck. Hier sind Politik, Verwaltung und Gesellschaft in der Pflicht, Sicherheit und Verlässlichkeit zu stiften.

Bei allen derzeitigen Schwierigkeiten ist es dennoch das gemeinsame, solidarische Handeln gegen rechts, das das Potenzial hat, Gesellschaft demokratisch zu gestalten. Auch in schwierigen Zeiten und unter harten Bedingungen schafft gemeinschaftliche Tätigkeit Hoffnung. Denn solange Solidarität gelebt wird, existiert sie auch während autoritärer Entwicklungen weiter. Viele zehren vom Wissen darum, nicht allein zu sein, Sorgen mit anderen zu teilen und Träume von einer solidarischen Gesellschaft nicht vergessen werden zu lassen.

In solidarischen Zusammenschlüssen wird politisches Handeln als gemeinsames Gestalten erprobt. Menschen in diesen Initiativen versuchen Ungleichheitsstrukturen zu überwinden, sich als Gleichberechtigte in wechselseitiger Anerkennung zu organisieren. Sie erleben Scheitern und wagen neue Versuche. Damit tragen sie zu einer demokratischen Gesellschaft bei, auch wenn sie derzeit nicht hegemonial wirken können.

Ganz konkret produzieren und speichern Bündnisse Wissen, erproben und erlernen Demokratie und gerechte Aushandlungsprozesse, sie unterstützen andere und einander. Politische Organisierung weist über neoliberale Vereinzelung hinaus – wer mitmacht, kann Selbstwirksamkeit und Verbundenheit erfahren und politisch handelnd Welt mitgestalten. Zeit, sich anzuschließen.

Literaturverzeichnis

Adamczak, B. (2017): Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende, Berlin: Suhrkamp.

Arps, J. (2018): Wovon wir reden, wenn wir von Solidarität reden, in: ak – analyse & kritik, Jg. 47/H. 641. Link: https://archiv.akweb.de/ak_s/ak641/35.htm (zuletzt abgerufen am 11.11.2020).

Arendt, H. (1964): »Zur Person: Hannah Arendt Gespräch mit Günter Gaus«. Link: https://www.zdf.de/play/interviews/zur-person-196/hannah-arendt-zeitgeschichte-archiv-zur-person-gaus-100 (zuletzt abgerufen am 14.03.2025).

Arendt, H./Bormuth, M. (Hrsg.) (2018): Freundschaft in finsteren Zeiten. Die Lessing-Rede mit Erinnerungen von Richard Bernstein, Mary McCarthy, Alfred Kazin und Jerome Kohn, Berlin: Matthes & Seitz Berlin.

Arendt, H. (2002): Vita activa oder Vom tätigen Leben, München: Piper.

*Autor*innenkollektiv Terra-R* (2025): Das Ende rechter Räume. Zu Territorialisierungen der radikalen Rechten, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bangel, C. (2019): Baseballschlägerjahre, in: Zeit Online vom 07.11.2019. Link: https://www.zeit.de/2019/46/neonazis-jugend-nachwendejahre-ostdeutschland-mauerfall (zuletzt abgerufen am 04.03.2025).

Barp, F./Eitel, H. (2016): Weil die Mitte in der Mitte liegt. Warum Pegida mit dem Extremismus-Paradigma nicht zu erklären ist und es zur Verharmlosung der Bewegung beiträgt, in: Heim, T. (Hrsg.): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche, Wiesbaden: Springer VS, 111–141.

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Berendsen, E./Rhein, K./Uhilig, T. (Hrsg.) (2019): Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin: Verbrecher.

Buchwald, S./Scherf, M. (2025): CDU-Anfrage im Bundestag zu NGOs: Münchner Vereine werfen Merz ›Erpressung‹ vor, in: Süddeutsche Zeitung vom 27.02.2025. Link: https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-cdu-antraege-friedrich-merz-union-omas-gegen-rechts-reaktion-li.3210235 (zuletzt abgerufen am 04.03.2025).

Çay, Y. (2025): Gedenken an Hanau-Anschlag. SPD, CDU und FDP schikanieren Terror-Betroffene, in: taz vom 21.02.2025. Link: https://taz.de/Gedenken-an-Hanau-Anschlag/!6071189/ (zuletzt abgerufen am 04.03.2025).

Deutscher Bundestag (2025): Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU. Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen. Drucksache 20/15035, 24.02.2025.

Dewey, J. (1964): Demokratie und Erziehung, Braunschweig: Westermann.

Dölemeyer, A./Mehrer, A. (2011): Einleitung: Ordnung.Macht.Extremismus, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7–32.

Eitel, H. (2015). Zum Verhältnis von Rassismus und Demokratie, in: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kulturbüro Sachsen e. V. und Antidiskriminierungsbüro Sachsen (Hrsg.): Alles im weißen Bereich?, Dresden: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, 27–37. Link: http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/institutioneller_rassismus_alles_2015-12-16.pdf (zuletzt abgerufen am 01.07.2025).

Eitel, H. (2023): zusammentun – solidarisch gegen rechts. Ausstellung der Fachstelle Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien im Verbund der Heinrich-Böll-Landesstiftungen. Link: www.weiterdenken.de/zusammentun-ausstellung (zuletzt abgerufen am 04.03.2025).

Fuhrmann, M./Schulz, S. (2021): Strammstehen vor der Demokratie: Extremismuskonzept und Staatsschutz in der Bundesrepublik, Stuttgart: Schmetterling Verlag GmbH.

Heitmeyer, W./Freiheit, M./Sitzer, P. (2021): Rechte Bedrohungsallianzen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Hübler, A. (2012): »Extremisten unter sich? / Die Rede von der ›Konfrontationsgewalt‹ und ihre Folgen«, in: Feustel, S./Stange, J./Strohschneider, T. (Hrsg.): Verfassungsfeinde? / Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen, Hamburg: VSA: Verlag, 81–90.

Hufen, F. (2022): Vom Neutralitätsgebot über die Chancengleichheit zum Gebot der Sachlichkeit, in: Wohing, A./Zorn, P. (Hrsg.): Neutralität ist keine Lösung! Politik, Bildung – politische Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 102–118.

Hufen, F. (2024): Zur Bedeutung des sogenannten Neutralitätsgebots für zivilgesellschaftliche Vereine der Demokratie- und Jugendarbeit. Rechtsgutachten. Veröffentlicht am 14.08.2024 von der Cellex-Stiftung. Link: https://www.cellex-stiftung.org/de/beitraege/hufen-rechtsgutachten (zuletzt abgerufen am 26.06.2025).

Karakayalı, S./Stjepandić, K. (2018): »Ich empöre mich, also sind wir!« – Solidarität in postmigrantischen Allianzen. Heimatkunde. Migrationsspezifisches Portal der Heinrich-Böll-Stiftung. Link: https://heimatkunde.boell.de/de/2018/10/12/ich-empoere-mich-also-sind-wir-solidaritaet-postmigrantischen-allianzen (zuletzt abgerufen am 26.06.2025).

Klare, H./Sturm, M. (2012): Kein abgeschlossenes Kapitel: Erinnerung an Rechte Gewalt zwischen Bewältigung, Gedenken und Selbstbehauptung, in: IDA NRW Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen, Jg. 18/H. 4, 13–19.

Kolb-Unglaub, D. (2025): Trotz allem darf man nicht das Signal senden, dass im Ehrenamt alles gedeckelt wird. Statement des colorido e. V. Plauen zur Finanzlage 2025. Sächsische Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (sLAG).

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Link: https://slag-aus-ns.de/mitteilungen/demokratierelevant-statement-des-colorido-e-v-pl auen-zur-finanzlage-2025/ (zuletzt abgerufen am 18.02.2025).
Messerschmidt, A. (2009): Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte, Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.
Meyer zu Eppendorf, K. (2025): Anschlag in Hanau: Trauert sie falsch?, in: Zeit Online vom 19.04.2025. Link: https://www.zeit.de/2025/16/anschlag-hanau-trauer-gedenken-aufklaeru ng/komplettansicht (zuletzt abgerufen am 26.06.2025).
Netzwerk Tolerantes Sachsen (2019): Raus aus der Verleumdungsfalle. Wurzen. Link: https:/ /weiterdenken.de/de/2019/07/10/raus-aus-der-verleumdungsfalle (zuletzt abgerufen am 26.06.2025).
Netzwerk Tolerantes Sachsen (2024): Netzwerk Tolerantes Sachsen warnt vor Finanzkürzungen und fordert Fördergarantien für Demokratiearbeit. Link: https://www.tolerantes-sachs en.de/pm-tolsax-fordert-foerdergarantien/ (zuletzt abgerufen am 07.02.2025).
Netzwerk Tolerantes Sachsen (2025): Statement: Demokratieförderung im Landkreis Bautzen gestrichen – Netzwerk Tolerantes Sachsen fordert Rücknahme der Entscheidung. Link: https://www.tolerantes-sachsen.de/statement-demokratiefoerderung-im-landkreis-bautze n-gestrichen-netzwerk-tolerantes-sachsen-fordert-ruecknahme-der-entscheidung/ (zuletzt abgerufen am 07.02.2025).
Polylux e. V. (o. J.): Förderkriterien & Förderanfragen. *Polylux e. V. – solidarisches Netzwerk für den anderen Osten*. Link: https://polylux.network/de/foerderkriterien (zuletzt abgerufen am 07.02.2025).
Reinfrank, T. (2025): Nächste Kommune lehnt Fördermittel für Demokratiearbeit ab. Belltower News. Link: https://www.belltower.news/salzwedel-ein-gefaehrlicher-praezedenzfall-fu er-weitere-kommunen-158967/ (zuletzt abgerufen am 26.06.2025).
Rosenfelder, A. (2025): Die gefährliche Macht der angeblichen NGOs, in: *DIE WELT* vom 11.02.2025. Link: https://www.welt.de/debatte/plus255395416/NGOs-Der-deutsche-Deep -State-und-seine-gefaehrliche-Macht.html (zuletzt abgerufen am 04.03.2025).
Siggelkow, P. (2024): Gemeinnützige Organisationen im Fadenkreuz der AfD. Tagesschau. Link: https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/gemeinnuetzigkeit-afd-100.html (zuletzt abgerufen am 07.02.2025).
Staber, M. (2024): Das Ende des Demokratiefördergesetzes – Auswirkungen auf die Demokratiearbeit in Baden-Württemberg. SWR Kultur. Link: https://www.swr.de/swrkultur/leben-u nd-gesellschaft/das-ende-des-demokratiefoerdergesetzes-auswirkungen-auf-die-demokratie arbeit-in-baden-wuerttemberg-100.html (zuletzt abgerufen am 07.02.2025).
Strobl, N. (2021): Radikalisierter Konservatismus. Eine Analyse, Berlin: Suhrkamp.
Thürmer-Rohr, C. (2001): Anfreundung mit der Welt – Jenseits des Brüderlichkeitsprinzips. Frauenakademie München. Link: https://www.frauenakademie.de/images/2002_dimension _thuermer.pdf (zuletzt abgerufen am 11.09.2025).
VBRG (2023): Melde- und Beratungsstellen warnen: Haushaltssperre gefährdet Kampf gegen Antisemitismus. Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. Link: https://verband-brg.de/haushaltssperre-bedroht-den-ka mpf-gegen-antisemitismus/ (zuletzt abgerufen am 07.02.2025).
VBRG (2024): Landtagswahlen 2024: Opferberatungsstellen warnen nach den Landtagswahlen vor einem Flächenbrand rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe. Es braucht einen Rettungsschirm für Opferberatungsstellen und Demokratieprojekte. Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. Link: https://verband-brg.de/landtagswahlen-2024-rettungsschirm-fuer-opferberatungsstellen-un d-demokratieprojekte/ (zuletzt abgerufen am 07.02.2025).
Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (2023a): Allmende Taucha. Zusammentun – solidarisch gegen rechts, Podcast der Heinrich Böll Stiftung Sachsen. Link: https://weiterde nken.de/de/media/audio/allmende-taucha (zuletzt abgerufen am 04.03.2025).

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (2023b): Initiative 19. Februar Hanau und Bildungsinitiative Ferhat Unvar. Zusammentun – solidarisch gegen rechts, Podcast der Heinrich Böll Stiftung Sachsen. Link: https://weiterdenken.de/de/media/audio/initiative-19-februar-hanau-und-bildungsinitiative-ferhat-unvar (zuletzt abgerufen am 04.03.2025).

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (2023c): Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen. Zusammentun – solidarisch gegen rechts, Podcast der Heinrich Böll Stiftung Sachsen. Link: https://weiterdenken.de/de/media/audio/lotta-antifaschistische-zeitung-aus-nrw-rheinland-pfalz-und-hessen (zuletzt abgerufen am 04.03.2025).

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (2023d): Opferperspektive. Zusammentun – solidarisch gegen rechts, Podcast der Heinrich Böll Stiftung Sachsen. Link: https://weiterdenken.de/de/media/audio/opferperspektive (zuletzt abgerufen am 04.03.2025).

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (2023e): Sinti Union. Zusammentun – solidarisch gegen rechts, Podcast der Heinrich Böll Stiftung Sachsen. Link: https://weiterdenken.de/de/media/audio/sinti-union (zuletzt abgerufen am 04.03.2025).

*Wissenschaftler*innen* (2025): Offener Brief anlässlich der Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen. Verfassungsblog. Link: https://verfassungsblog.de/offener-brief-kleine-anfrage-union/ (zuletzt abgerufen am 04.03.2025).

Young, I. (2002): Inclusion and Democracy, New York: Oxford University Press.

https://doi.org/10.5771/9783748949648-397 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -